

11. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

1. Februar 1950.

73/J

A n f r a g e

der Abg. H i l l e g e i s t, K o s t r o u n, O l a h und Genossen
an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau,
betreffend Grundsätze bei Erteilung von Importgenehmigungen.

---.---.---.---.---

Angesichts der Teuerungswelle, die im vergangenen Herbst durch das Treiben gewissenloser Geschäftemacher in Österreich entfacht wurde, hat sich sogar die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft entschliessen müssen, einer Lockerung der bisherigen Importbeschränkungen für Lebensmittel, Textilien und andere lebenswichtige Bedarfsgegenstände zuzustimmen. Auch seitens des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau wurde eine solche Aktion angekündigt und als grosser Erfolg im Kampf gegen die Teuerung dargestellt. Schon damals haben sachkundige Vertreter der arbeitenden Bevölkerung darauf hingewiesen, dass eine wahllose Genehmigung von Anträgen, die zum Teil seit mehr als einem halben Jahr bei der Aussenhandelsstelle lagen, den gewünschten Erfolg nicht herbeiführen kann. Sie haben verlangt, dass die Importfirmen beauftragt werden sollen, Einfuhrgenehmigungen für Waren einzureichen, deren Einfuhr den spekulativen und gewissenlosen Preistreibern bei lebenswichtigen Gütern wirkungsvoll entgegentreten kann. Es scheint daher notwendig, der Öffentlichkeit einen Bericht über den Erfolg der seinerzeit grossartig angekündigten Einfuhraktionen zu geben.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, dem Hohen Haus einen Bericht über die Auswirkungen auf die Preise durch die im vergangenen Herbst verlautbarte Aktion zur Durchführung rascher Importe zu billigen Preisen zu geben?

---.---.---.---.---